

Auer Tageblatt

Beschreibungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Poststellen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Gesamtpreis - Anschlag Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortliche: Die Redaktionsleitung. Druck: Die Druckerei des Auer Tageblattes. Anzeigenpreis: 10 Pfennige. Anzeigenpreis: 10 Pfennige. Anzeigenpreis: 10 Pfennige. Anzeigenpreis: 10 Pfennige.

Telegraphische Anzeiger des Erzgebirges. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000.

Nr. 294

Freitag, den 16. Dezember 1932

27. Jahrgang

Frankreich im Zahlungstreit gegen Amerika

Die Kammer beschließt, die Dezemberrate an Amerika nicht zu zahlen — Herriots Sturz über seine Zahlungswilligkeit

Die französische Kammer beschließt:

Keine Zahlung am 15. Dezember

Paris, 14. Dez. Nachdem nach dem Sturz der Regierung die Minister das Kammergebäude verlassen hatten, stimmte die Kammer über den Entschliessungsentwurf ab, den der Auswärtige Ausschuss und der Finanzausschuss der Kammer vorgeschlagen haben und der vorsieht, am 15. Dezember keine Zahlung zu leisten. Dieser Entwurf wurde mit 380 gegen 57 Stimmen angenommen. Die geänderte Schlussformel der Entschliessung lautet: „Die Kammer ist der Ansicht, daß es angebracht ist, die am 15. Dezember fällige Zahlung zu verschieben.“

Herriots Sturz

Paris, 14. Dez. Nach einer Sitzung, die mit kurzen Unterbrechungen über 15 Stunden dauerte, hat die französische Kammer in einem Zustand ungewöhnlicher Erregung und Verwirrung den Vorschlag der Regierung, mit Vorbehalt an die Vereinigten Staaten zu zahlen, mit 402 gegen 187 Stimmen abgelehnt. Das Ergebnis stand seit gestern fest. Ueberraschen muß nur, in welchem Maße die zur Debatte stehende Frage zerkend auf die Regierungsparteien, ja sogar auf die Partei Herriots selbst gewirkt hat. Steht man die Frage: was nach dem Sturz der Regierung Herriots?, so weiß niemand eine Antwort, außer der einer nationalen Regierungsbildung unter Hinweis auf einen analogen Zustand, wie er 1926 nach dem Sturz des Franken eingetreten war und der zur Regierung der nationalen Einigung unter Poincaré führte. Aber es gibt im Augenblick keinen Poincaré in der französischen Kammer, und es dürfte dem Präsidenten der französischen Republik schwer fallen, eine Persönlichkeit zu finden, die eine Sammlung vornehmen könnte. Herriot ist nicht wegen einer politischen Frage gestürzt worden, sondern wegen einer nationalen Frage.

Gesamttritt der Regierung Herriot vom Präsidenten angenommen

Paris, 14. Dez. Ministerpräsident Herriot hat sich in Begleitung der Regierungsmitglieder heute früh ins Elysée begeben und dem Präsidenten der Republik die Gesamtemission des Kabinetts überreicht. Präsident Lebrun hat die Demission angenommen und das zurückgetretene Kabinet mit der Erlaubigung der laufenden Geschäfte beauftragt. Bereits heute früh um 9 Uhr hat der Präsident seine politischen Beratungen aufgenommen und die Präsidenten des Senats und der Kammer empfangen.

Stürmische Straßenscenen

Paris, 14. Dez. Wie schon an den beiden letzten Tagen war auch während dieser langen Nachtstunden die Kammer in Saal und Tribünen bis auf den letzten Platz gefüllt. Viele Hunderte von Zuschauern, die noch in später Stunde Einlaß begehrten, wurden abgewiesen. In den späten Nachtstunden kam es erneut zu stürmischen Kundgebungen der „Action Française“ in der ganzen Umgebung des Parlamentsgebäudes, das immer von Tausenden von Schülern, Gendarmenmannschaften und von rings um das Palais Bourbon verteilten Kraftfahrereinheiten gesäumt wurde. Wiederholt entspannen sich heftige Schlägereien, wobei ein Polizist und ein Demonstrant schwer verletzt wurden. Unter den Hunderten von Verhafteten befinden sich auch die Führer der Action Française, Leon Daudet und Pujot. Sie wurden nach einigen Stunden wieder freigelassen.

Bekürzung in Washington

Washington, 14. Dez. Die Entwidlung in Paris bildet hier das Tagesgespräch. Die Ueberraschung ist groß, da man noch bis gestern fest erwartet hatte, daß Frankreich Englands Beispiel folgen und zahlen werde. Man bezweifelt, daß Hoover nunmehr den Plan einer Sonderbotschaft ausführen wird, da sie hauptsächlich Vorschläge zur Erleichterung der britischen Zahlung enthalten sollte, was nunmehr fortfällt, da die Aufnahme von Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen im jetzigen Stadium nicht die Beteiligung des Kongresses bedarf.

„Undankbarkeit und Ehrlosigkeit“

Washington, 14. Dez. Die Weigerung Frankreichs an Amerika, die am 15. Dezember fällige Kriegsschuldenrate im Betrage von rund 19 Millionen Dollar zu zahlen, hat nicht nur die Stimmung des Kongresses gegen eine Schuldrevision außerordentlich verschärft, sondern auch zu heftigsten Angriffen gegen das „undankbare Frankreich“ geführt. Senator Watson greift Frankreich wegen seiner Haltung in einer Sprache an, die man gerade als ungeheuerlich bezeichnen muß, wenn man an frühere Zeiten denkt. Er erklärte unter anderem:

„Ich hätte ein solches Verhalten nicht für möglich gehalten. Frankreich ist zwar immer der einsame Wolf unter den Völkern gewesen und seine Haltung uns gegenüber ist unentschuldigbar und nicht zu verteidigen. Aber ich dachte, Frankreich würde wenigstens seine Ehre und seine Undankbarkeit wahren. Jetzt hat es sich der schändlichsten Undankbarkeit und nationaler Ehrlosigkeit schuldig gemacht.“

Mit Sicherheit wird für morgen nur mit den Zahlungen Englands und der Tschechoslowakei gerechnet. Italien hat bereits heute, einen Tag vor Fälligkeit, seine Schuldenrate bezahlt, alles übrige ist ungemischt. Die Zahlungsverweigerung Belgiens dürfte nach Ansicht der amerikanischen Regierungskreise auch bei anderen Schuldnerstaaten Nachahmung finden. Die bisher bestehende scheinbar geschlossene Front Europas gegenüber dem amerikanischen Gläubiger ist damit freilich gesprengt. Über durch die Zahlungsverweigerung eines Teiles der Gläubiger ist nach amerikanischer Auffassung die Aussicht auf eine spätere Revision der Schuldenverträge nur noch verschlechtert worden. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird offiziell die Nichtzahlung der französischen Dezemberrate ignorieren.

Der Zahlungstag in Zahlen

Washington, 14. Dez. Das amerikanische Schatzamt wird von den am 15. Dezember fälligen Schuldensummen nach Lage der Dinge vier Fünftel einziehen können. Der Erhalt von 98,3 Millionen Dollar ist bereits praktisch sicher, während 26,6 Millionen Dollar zweifelhaft sind. Auf der Liste der zahlenden Länder steht England mit der weitaus größten Summe (95,5 Millionen Dollar) an der Spitze. Die französische Zinszahlung, die nach dem Sturz der Regierung Herriot voraussichtlich nicht geleistet wird, beläuft sich auf 19,26 Millionen Dollar.

Hoovers voraussichtliche Antwort an Frankreich und Belgien

Washington, 14. Dez. Präsident Hoover wird wahrscheinlich am Donnerstag eine Sonderbotschaft an den Kongress richten, in der er diesem davon Mitteilung machen wird, welche Staaten die am 15. Dezember fällige Zahlung nicht geleistet haben. Gleichzeitig wird er vielleicht ankündigen, daß er zu einer neuen Prüfung der Schuldenfrage bereit sei. Da es kein Organ gibt, das die Zahlungen der Schuldner erzwingen könnte, werden sich die Parteiführer im Kongress damit begnügen müssen, Mutmaßungen über die mögliche Rückwirkung der Nichtzahlung auf den Kredit der zahlenden Staaten anzustellen.

Aufhebung der Tariflockerungsverordnung

Berlin, 14. Dez. Die Reichsregierung hat heute die Aufhebung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 beschlossen. Als Beendigungstermin ist der 31. Dezember 1932 vorgesehen. Um jedoch Arbeitgebern, die von der Verordnung Gebrauch gemacht haben und ihre Arbeitnehmerschaft vor wirtschaftlichem Schaden zu bewahren, kann der Schlichter unter gewissen Voraussetzungen die Berechtigung zur Tariflohnunterbreitung noch bis zum 31. Januar 1933 verlängern. Entsprechende Anträge müssen spätestens am 31. Dezember 1932 beim Schlichter eingegangen sein. Der zweite Teil der Verordnung, der den Schlichter ermächtigt, für gefährdete Betriebe auf tariflichem Gebiet Erleichterungen zu gewähren, kommt mit Ende Januar 1933 zum Wegfall. Mit der Verordnung verlieren auch die zu ihr ergangenen Ausführungsbestimmungen ohne weiteres ihre Wirkung.

Der Vertragsbruch

Als die Kammer am frühen Morgen des Mittwoch dem Ministerpräsidenten Herriot die Gefolgschaft versagte und ihn damit zum Rücktritt zwang, stimmten auch zahlreiche derjenigen Abgeordneten, die gegen ihn gestimmt hatten, mit in die Rufe „Es lebe Herriot!“ ein. Man stürzte ihn und bereitete ihm Ovationen! Denn nicht ihm und seiner Regierung galt ja diese Feindschaft: man veranstaltete vielmehr eine außenpolitische Demonstration, man protestierte gegen die Alliierten des Weltkrieges, gegen die Vereinigten Staaten von Amerika. Und zwar tat man das in der schärfsten Form, die denkbar ist — man zerriß einen Vertrag, den man einstmalig freiwillig unterschrieben hat.

Frankreich, das stets so schön von der Heiligkeit internationaler Verträge zu sprechen weiß, ist vertragsbrüchig geworden. Herriot selbst hat wohl erkannt, wie folgenschwer dieser Schritt sein muß. Nur deshalb — nicht etwa, weil er sachlich anderer Meinung als die Kammermehrheit gewesen wäre — hat er verzweifelt gegen den Kammerbeschluss angekämpft. Eindringlich schilderte er die drohende moralische und politische Vereinsamung, er malte auch die aus Deutschland kommenden „Gefahren“ mit alter Meisterschaft wieder aus, — dieses Mal aber nützte alles nichts. Er will in die Köpfe der Franzosen nicht hinein, daß sie selbst zahlen sollen, ohne von Deutschland weitere Zahlungen zu erhalten. Das erscheint dem fatten Rentnergeist der Franzosen unmöglich; seine Vorstellungen von Gerechtigkeit, wie sie sich in den fetten ersten 18 Jahren nach Kriegsende gebildet haben, wehren sich dagegen und machen ihn unfähig zu logischem Denken und blind für die Folgen, die sich irgendwie auf jeden Fall einstellen müssen.

Es ist für den deutschen Leser, kaum nötig, immer wieder nachzuweisen, daß die deutschen Tribute und die Schuldenabtragung der früheren Verbündeten in Wirklichkeit nichts miteinander zu tun haben. Die Tribute beruhen auf einer Erpressung, auf dem mit dem Friedens-„Vertrag“ ausgelassenen Zwang unserer Gegner. Ihnen stand keinerlei Gegenleistung gegenüber. Sie hatten den ausgesprochenen Zweck der „Wiedergutmachung“ der im Kriege entstandenen Schäden. Zahllose Militärenden sind hierfür von Deutschland abgeführt worden: viel mehr, als zur Befestigung der Kriegsschäden tatsächlich notwendig war. Und trotzdem ist die Tributzahlung erst eingestellt worden, als Deutschland — das zudem seine eigenen Kriegskosten vollkommen selbst tragen hat — so ausgefaßt war, daß auf keine Weise mehr aus ihm herauszuholen war. Ganz anders liegen die Dinge bei den Schulden der Franzosen, Engländer, Belgier usw. an die Vereinigten Staaten. Ihnen liegen richtige Anleihen zugrunde, die freiwillig begehrt wurden und zu deren Verzinsung und Tilgung sich die Empfänger freiwillig verpflichtet haben. Gewiß sind mit den auf diese Weise von Amerika geleisteten Riesensummen zum guten Teil keine produktiven Gegenwerte geschaffen worden, sie dienten vielmehr in der Hauptsache der Kriegsführung, aus dem Gold wurden Granaten. Aber erhebliche Milliardenbeträge sind doch auch anders verwendet worden, woran eine der amerikanischen Notizen an England kürzlich erinnert: Rohstoffe und Lebensmittel wurden, nach dem Kriege in Amerika dafür angekauft, Handelsanleihen wurden damit zurückbezahlt, als Währungskredite wurden sie behandelt, — kurz, dieser Teil hatte die echte, normale Anleiheform.

Aber für die Amerikaner ist das überhaupt nebensächlich: sie haben als Geschäftsmann, als Bankier gehandelt, sie wollen das Geld wiedersehen, das sie einst geschickt haben. Nicht um der „guten Sache“ der Alliierten zu helfen, haben sie feinerzeit ihren Dollarsäckel geöffnet, sondern weil sie in diesem Kriege ein gutes Geschäft sahen, und sie haben keine Lust, sich jetzt, wo es ihnen selbst schlecht geht — mit zwei Milliarden Dollar Fehlbetrag im Staatshaushalt und 12 Millionen Arbeitslosen! —, dieses Geschäft noch zerbrechen zu lassen. Und ein anderes ist schließlich noch wichtig: Die Schuldner, die sich heute beim Zahlen so sträuben, sind ja zahlungsfähig. Frankreich vor allem! Rund 80 Millionen Mark beträgt nur die Summe, die Frankreich an diesem 15. Dezember zu zahlen hätte. Ein geradezu kumpiger Betrag für das reiche Frankreich, das im Golde schwimmt, das sich in diesen Tagen erst noch erboten hat, England Gold vorzuschießen, damit dieses seine eigene Schuldentrate bezahlen könnte! Nicht weil es nicht